

Kurzbericht

öffentlicher Teil

77. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

22. November 2023, 14:01 bis 14:51 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten)

CDU

Dirk Bamberger
Jürgen Banzer
Birgit Heitland
Heiko Kasseckert
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Manfred Pentz
Michael Ruhl

SPD

Tobias Eckert
Stephan Grüger
Marius Weiß

Freie Demokraten

Oliver Stirböck

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hildegard Förster-Heldmann
Markus Hofmann (Fulda)
Kaya Kinkel
Karin Müller (Kassel)
Katy Walther

AfD

Klaus Gagel
Andreas Lichert

DIE LINKE

Axel Gerntke
Jan Schalauske

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jan Alexander Fröhlich
 AfD: Axel Lange
 Freie Demokraten: Christoph Stapelfeldt
 DIE LINKE: Felix Wiegand

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbe- zeichnung	Ministerium, Behörde
Paul M. Ock	h	HMWELW
Zorica Horoman	MR'in	HMWELW
Johannes Kalusche	MR	HMWELW
Christian Kato	RR	HKM
Ulrich Gunt-Schode	RR	HMWELW
Roland Bieräugel	RR	HMS I
Dr. Jessica Risch	MR'in	HMWELW
JÖRF EGERIER	LMR	- - -
Winfried K. Hock	MR	STK
CHRISTINE NEUMEISTER	RD'in	SEK
Schulz-Wilge	RD	STK
Olivier N. Trod	Ref.	STK
Alisa Fatovic	Ref.	STK
Julia Abkaya	Ref.	STK
Michael Wiesmeth	Ref.	HMWELW
NICLAS SPÄKER	TB	"

Protokollführung: RDirin Heike Schnier

Inhaltsverzeichnis:

– zur abschließenden Beratung –

1. Antrag
Fraktion DIE LINKE
Wer nicht ausbildet, wird „umgelegt“: Duale Ausbildung stärken, Ausbildungsumlage einführen
– Drucks. [20/11233](#) – S. 4

– zur abschließenden Beratung –

2. Dringlicher Antrag
Fraktion DIE LINKE
Wohnungskrise bekämpfen, öffentliche Hand zum Vorbild machen: Nassauische Heimstätte / Wohnstadt (NHW) stärken
– sozial, ökologisch und gerecht!
– Drucks. [20/11390](#) – S. 7

Punkt 3 bis Punkt 11:

siehe nicht öffentlicher Teil

(Beginn des öffentlichen Teils: 14:06 Uhr)

– zur abschließenden Beratung –

1. Antrag

Fraktion DIE LINKE

Wer nicht ausbildet, wird „umgelegt“: Duale Ausbildung stärken, Ausbildungsumlage einführen

– Drucks. [20/11233](#) –

Abg. **Axel Gerntke**: Meine Damen und Herren, der Antrag liegt Ihnen vor. Der Kern ist zum einen, dass wir die duale Berufsausbildung gewürdigt wissen wollen. Unter II. unterbreiten wir Vorschläge. Kern der Angelegenheit ist die Ausbildungsplatzumlage. In der Vergangenheit haben wir das schon öfter gemeinsam mit Gewerkschaften gefordert. Jahre und Jahrzehnte wurde uns gesagt, der Markt würde das auch ohne eine solche Umlage regeln. Jahre und Jahrzehnte gab es mehr Ausbildungsplatzsuchende als Angebote. Jetzt wird über den Fachkräftemangel geklagt. Zwischenzeitlich hat sich das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot zwar etwas angeglichen. Fakt ist aber, dass wir immer noch in großen Teilen der Republik und auch in großen Teilen Hessens ein eklatantes Missverhältnis haben, dass wir in einzelnen Regionen mehr als doppelt so viele Nachfragerinnen und Nachfrager wie Angebote haben.

Insoweit ist der Vorschlag aus unserer Sicht nicht obsolet, sondern es ist immer noch sinnvoll, eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Daher bitte ich die Beteiligten, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. **Markus Hofmann (Fulda)**: Ich finde den Antrag nicht zielführend, weil es zum einen schon eine Ausbildungsgarantie seitens des Bundes gibt. Zum anderen gibt es im Berufsbildungsgesetz des Bundes eine Mindestausbildungsvergütung. Sie beträgt derzeit 620 €. Nächstes Jahr werden es 649 € sein. Das wird angehoben.

Zum anderen – das haben Sie schon dargestellt – gibt es ein Überangebot an Ausbildungsplätzen und ein großes Feld von Ausbildungsplätzen, die nicht besetzt werden können. Bei einer Umlage auf diejenigen, die ausbilden wollen, aber nicht ausbilden können, weil sie keine Auszubildenden finden, würden diese Betriebe dafür bestraft werden. Es gibt Berufsfelder, die für Auszubildende attraktiv sind: im kaufmännischen Bereich, irgendetwas mit Medien. Aber es gibt auch Ausbildungsberufe, die nicht so attraktiv sind. Da ist es für die Unternehmen sehr schwierig, Auszubildende zu finden. Von daher fände ich eine Umlage schwierig und nicht zielführend. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Abg. **Oliver Stirböck:** Ich stelle grün-gelbe Gemeinsamkeit fest. Wenn das nicht ein gutes Omen ist.

(Abg. J. Michael Müller (Lahn-Dill): Was sagen die in Berlin?)

Der Antrag ist der Versuch einer pauschalen Problemlösung für ein bestenfalls individuelles Problem bzw. ein Problem, das nur in einigen Regionen auftritt. Tatsächlich ist es doch so, dass wir einen eklatanten Mangel an Fachkräften in Deutschland haben und dass sich die Lage umgedreht hat. Heute ist jeder Arbeitgeber darauf erpicht, wenn es in seinem Bereich Sinn macht, frühzeitig auszubilden, um dadurch Arbeitnehmer an sich zu binden.

Insofern ist dieser Antrag aus der Zeit gefallen. Wir lehnen ihn ab.

Abg. **Andreas Lichert:** Ich kann mich weitgehend den Äußerungen von Herrn Hofmann und Herrn Stirböck anschließen. Ich möchte es aber noch um eine Komponente erweitern, nämlich das konkrete Echo, das man bei Gesprächen mit Unternehmen, gerade mit Handwerksunternehmen, zurückgespiegelt bekommt. Es ist regelrecht demoralisierend, was sie an Reaktion auf Werbemaßnahmen für die Ausbildungsstellen für ihre Berufe erfahren müssen. Diesen Unternehmen jetzt mit einer Ausbildungsplatzumlage gegenüberzutreten – das geht einfach nicht. Das ist überhaupt kein taugliches Mittel, an dieser Stelle etwas zu verbessern.

Wo wir überhaupt auf der staatlichen Ebene eingreifen können, das ist, die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen zu verbessern. Da gibt es noch viel Raum nach oben. Aber ich glaube, es ist hier im Raum Konsens: Diese Lösung trägt nichts zur Problembeseitigung bei. Deswegen können wir das auf gar keinen Fall unterstützen.

Abg. **Axel Gerntke:** Ich möchte darauf hinweisen, dass sich zwar das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot geändert hat, dass aber gleichzeitig über Fachkräftemangel geklagt wird und die Anzahl der Angebote, beispielsweise gemessen an 2019, in den letzten Jahren gesunken ist. Insoweit haben wir nicht nur ein Problem auf der Nachfrageseite, sondern auch eines auf der Angebotsseite.

Ich will weiterhin darauf hinweisen: Es geht hier nicht um die Bestrafung von Betrieben, sondern es geht nur um eine Umverteilung zwischen unterschiedlichen Betrieben. Das ist in diesem Fall völlig verteilungsneutral.

Abg. **Tobias Eckert:** Ich will den Blick weiten für das Thema, das im Antrag beschrieben ist. Gerade wurde die negative Seite betrachtet. Aber ich finde, den ersten Satz werden wir wohl alle unterstreichen, dass die duale berufliche Ausbildung ein Erfolgsmodell ist und dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die sich diesem Weg verschrieben haben und aktiv in

der Ausbildung tätig sind, staatliche Unterstützung und Hilfe brauchen. Drittens wird die Frage der Ausstattung der Berufsschulen beschrieben.

Von daher würde ich die Debatte jetzt nicht verlängern wollen. Ich möchte aber den Blick weiten und damit deutlich machen, warum wir uns enthalten.

Minister **Tarek Al-Wazir**: Sie alle haben vor gar nicht allzu langer Zeit den Ausbildungsbericht bekommen. Ich kann nur sagen: Aus jetziger Sicht ist es so, dass wir nicht zu wenig Ausbildungsplätze haben, sondern zu wenig Auszubildende für zu viele Angebote. Die Idee der Ausbildungsplatzumlage stammt aus einer Zeit, als das Verhältnis genau andersherum war.

Wenn Sie das zu Ende denken und es einführen würden, hätten Sie das Problem, dass die Betriebe fragen: Wieso soll ich für etwas zahlen, wenn ich doch gerne jemanden einstellen würde, aber niemanden finde? – Es ist also schon die Überlegung, ob das im Jahr 2023 noch die richtige Idee ist, die, wenn ich mich recht erinnere, aus den Jahren 2002/2003 stammt.

(Abg. Axel Gerntke: Nein, noch früher!)

– Klar, noch früher, aber sozusagen als der letzte große Überhang in die andere Richtung war.

(Abg. Stefan Grüger: 1996! – Abg. Oliver Stirböck: Frau Nahles!)

– Was Andrea Nahles 1996 machte, das weiß ich nicht. Aber ich weiß, was sie heute macht. Heute würde sie sagen, dass es kein geeignetes Instrument wäre.

Dementsprechend will ich sagen: Wir haben in Hessen das „Bündnis Ausbildung“ gegründet. Wir haben es als eines der ganz wenigen Länder geschafft, in den drei Jahren vor der Corona-Pandemie, also 2017 bis 2019, jedes Jahr mehr Ausbildungsplätze als im Jahr davor zu schaffen. Dazu hat auch „Wirtschaft integriert“ beigetragen. Dazu hat die Zuwanderung beigetragen, sodass sich die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber deutlich erhöht hat. Wir sind jetzt nach der Corona-Delle wieder auf dem Weg nach oben.

Ich kann Ihnen auch sagen, worauf es am Ende des Tages ankommt; ich erzähle jetzt Dönekes aus der Vergangenheit: Vor 20 Jahren, als diese Debatte das letzte Mal so richtig nach oben ging, hat der Fraktionsvorsitzende Al-Wazir in der Fraktion die Frage gestellt: Müssten wir das eigentlich auch zahlen, wir sind doch auch ein Betrieb? – Da schauten sich alle an und sagten: Ja, das müssten wir zahlen. – Daraufhin habe ich gesagt: Dann schaffen wir jetzt eine Ausbildungsstelle.

Seit dieser Zeit hat die grüne Fraktion eine Auszubildende, in aller Regel eine Kauffrau für Bürokommunikation. Es ist nicht immer dieselbe Person. Das sieht man allein schon daran, dass diejenige, die jetzt hier ist, vor zwei Wochen ihren 18. Geburtstag gefeiert hat. Insofern kann es logischerweise nicht dieselbe sein. – Ich kann Ihnen immer nur sagen: Schauen Sie, ob Sie selbst auch Ihren Teil dazu beitragen können.

Vorsitzender: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Beschluss:

WVA 20/77 – 22.11.2023

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, Freie Demokraten gegen DIE LINKE bei Enthaltung SPD)

– zur abschließenden Beratung –

2. Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Wohnungskrise bekämpfen, öffentliche Hand zum Vorbild machen: Nassauische Heimstätte / Wohnstadt (NHW) stärken

– sozial, ökologisch und gerecht!

– Drucks. [20/11390](#) –

Abg. **Jan Schalauske:** „Nassauische Heimstätte / Wohnstadt stärken – sozial, ökologisch und gerecht“ lautet der komplette Titel des Antrags. Wir haben hier im Ausschuss, aber auch im Plenum des Hessischen Landtags in den letzten Wochen und Monaten über die Krise im Bausektor diskutiert, über den Rückgang der Bautätigkeit insbesondere im Segment der Mietwohnungen, auch im Segment der sozial geförderten Wohnungen. Es hieß immer, es gebe so etwas wie eine fraktionsübergreifende, gemeinsame Einschätzung, dass es zu wenig geförderte und bezahlbare Mietwohnungen gebe.

Viele Fraktionen sind sich sicherlich auch einig, dass der Klimaschutz und die damit einhergehende Wärmewende Auswirkungen auf die Mieterinnen und Mieter haben. Mit unserem Antrag, den wir heute beraten, schlagen wir vor, dass in den Gremien der Nassauischen Heimstätte, die wir als ein zentrales strategisches Instrument sehen, um diesen Herausforderungen zu begegnen – sicherlich nicht das einzige Instrument, aber das, wo das Land Hessen unmittelbar politisch tätig werden kann –, eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt werden, die im Sinne der Mieterinnen und Mieter sind.

Das ist zum einen ein Mietenstopp, wie er auch in anderen Wohnungsbaugesellschaften gilt. Es geht auch um die Frage, dass die Wohnungsbestände vergrößert werden. Es gab einmal das Ziel, den Wohnungsbestand der Nassauischen Heimstätte auf 75.000 Wohnungen zu erhöhen. Dieses Ziel hat die schwarz-grüne Koalition – das kann man sagen – deutlich verfehlt, trotz aller

Bekundungen, dass man es wolle. Es gab Diskussionen über weitere Ankäufe von Wohnungsbeständen.

Es geht uns auch darum, dass energetische Sanierung möglichst warmmietenneutral erfolgen soll. Wir haben die Diskussion um die energetische Sanierung insbesondere der Adolf-Miersch-Siedlung in Frankfurt am Main, wo Mieterinnen und Mieter zum Teil über 100 € mehr im Monat nach der Sanierung zahlen sollen, was für viele ein existenzielles Problem darstellt. Mit diesem Antrag wollen wir entsprechende Vorschläge machen.

Ich glaube, dass in diesen Wochen eine Aufsichtsratssitzung der Nassauischen Heimstätte turnusgemäß ansteht oder vielleicht auch schon stattgefunden hat. Das kann ich nicht beurteilen, weil ich den Termin in öffentlichen Medien nicht gefunden habe. Nichtsdestotrotz wäre das eine Möglichkeit, solche Maßnahmen in die Geschäftspraxis einzubringen.

Ich würde die Gelegenheit gerne nutzen, noch einen konkreten Fall anzusprechen. Im Umfeld der Diskussion um die energetische Sanierung der Adolf-Miersch-Siedlung ist eine Mieterin öffentlich bekannt geworden, die mit einer Zwangsräumung durch die Nassauische Heimstätte konfrontiert ist. Es ist eine rechtmäßige Zwangsräumung, wenn ich das richtig verfolgt habe. Nach der Rechtsprechung ist es eine rechtmäßige Zwangsräumung. Gleichwohl ist es eine sozial sehr dramatische Situation, wo es auch um die langjährige Pflegeverpflichtung der betroffenen Frau geht. Die Frau ist seit 40 Jahren bei der Nassauischen Heimstätte Mieterin gewesen und hat sich politisch kritisch zu diesen energetischen Sanierungen mitsamt Mieterhöhungen positioniert. Daher steht die Frage im Raum, ob das miteinander zusammenhängt.

Das Schicksal der Betroffenen war auch Gegenstand einer Podiumsdiskussion in Frankfurt am Main, wo Vertreterinnen und Vertreter der meisten hier im Landtag vertretenen Fraktionen beteiligt waren. Es waren unter anderem Frau Feldmayer von den GRÜNEN und Herr Ruhl von der CDU – –

Vorsitzender: „Mietenwahnsinn stoppen“ im Studierendenhaus?

Abg. **Jan Schalauske:** Ja, es war eine Diskussion am 21. September im Studierendenhaus. Du warst auch da. Ich finde gut, dass du dich solchen Diskussionen stellst. Alle von mir genannten dort anwesenden Vertreter der Fraktionen zeigten sich sehr betroffen angesichts des Schicksals der Mieterin und versprachen, sich der Sache anzunehmen. In diesem Zusammenhang möchte ich, weil das auch Thema unseres Antrags ist, fragen, ob in der Sache etwas geschehen ist. Auch die Kollegin Elke Barth, die heute offenkundig nicht da ist, hatte sich damals sehr kritisch zu dieser Zwangsräumung positioniert.

Abg. **Michael Ruhl**: Ich möchte auf den letzten Punkt eingehen, weil der Kollege Schalauske mich persönlich angesprochen hat. Ich bin der Sache tatsächlich nachgegangen. Leider war die E-Mail-Adresse der Person, die sich um die Mieterin kümmert, danach nicht mehr verfügbar. Ich wurde von dieser E-Mail-Adresse angeschrieben. Ich habe an diese E-Mail-Adresse geantwortet und bekam nur Fehlermeldungen. Ich weiß nicht, was für ein Postfach das gewesen ist. Auf jeden Fall konnte ich leider keine persönliche Rückmeldung geben. Das mache ich normalerweise sehr gerne.

Ich habe nachgehakt, und in diesem konkreten Einzelfall wundert es mich schon, wie die LINKE dort auftritt. Die LINKE hat dort aus politischen Gründen der Mieterin immer wieder empfohlen, nicht aus ihrer Wohnung auszuziehen, obwohl die Nassauische Heimstätte ihr drei alternative Wohnungen in fußläufiger Entfernung angeboten hat, voll saniert, zum gleichen Mietzins. Es wäre also ein Tausch alte Wohnung gegen neue Wohnung zum gleichen Preis gewesen. Es wurde dreimal gemacht, und dreimal wurde das Angebot auf Empfehlung der örtlichen LINKEN abgelehnt. Deswegen sollte sich die LINKE in Frankfurt fragen, ob sie vielleicht mitverantwortlich ist für die drohende Obdachlosigkeit dieser Dame.

Abg. **Andreas Lichert**: Danke für diese erhellenden Informationen. Da wird offensichtlich jemand zur Billardkugel politischer Interessen gemacht.

Zur Sache. Selbst wenn das alles so funktionieren würde, wie es die LINKE in ihrem Antrag vorschlägt, dann ist das im Großen und Ganzen bestenfalls Symptombekämpfung, ändert aber an den grundsätzlichen Ursachen der Misere überhaupt nichts.

Was würde denn passieren? Die Forderung der LINKEN nach Gerechtigkeit, wie sie in der Überschrift steht, würde dadurch dramatisch verletzt. Dann würden die Bestandsmieter der Nassauischen Heimstätte geradezu in einem Schlaraffenland leben, wo sie keine Räumungen mehr zu befürchten hätten usw. Mietenstopp wäre für diejenigen, die über diese Privilegien verfügen, natürlich toll, aber um den Preis, dass viele andere, die nicht in den Genuss des geförderten Wohnraums kommen, es noch schwerer haben, weil die Mittel, die für das Schlaraffenland aufgewandt werden müssten, an anderer Stelle fehlen.

Das heißt, Sie gehen wie so oft mit der Analyse vielleicht noch in die richtige Richtung. Aber Ihre Lösungsvorschläge gehen in die völlig falsche Richtung. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Abg. **Oliver Stirböck**: Der Initiative fehlt in der Tat vor allem eine Refinanzierungsgrundlage. Es sollen Bestandswohnungen gekauft werden. Die energetische Sanierung soll wärmietenneutral gestaltet werden. Ein Mietenstopp soll eingerichtet werden, und das Land soll das Ganze über Förderprogramme finanzieren. Das ist völlig ineffizient und der Einstieg in die Staatswirtschaft, und das lehnen wir natürlich ab.

Minister **Tarek Al-Wazir**: Erstens zur Nassauischen Heimstätte. Ich bin froh, dass die Nassauische Heimstätte mehrheitlich landeseigen ist und bleibt. Die Nassauische Heimstätte hat in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass die Trendwende bei den Sozialwohnungen in Hessen geschafft wurde, indem sie zum einen jede auslaufende Bindung verlängert hat. Keine einzige Bindung ist bei der NH weggefallen. Im Gegenteil, alle sind verlängert worden. Zum anderen ist sie selbst in den Neubau eingestiegen, und zwar mit einem wesentlichen Anteil geförderten Wohnraums. Auch die frei finanzierten Wohnungen sind jeweils nur etwas über dem Mietpiegel vermietet worden, obwohl man das beim Neubau deutlich höher hätte machen können. Sie hat also ihren wesentlichen Teil dazu beigetragen. Außerdem ist in den letzten Jahren zweimal das Eigenkapital der Nassauischen Heimstätte um jeweils 200 Millionen € erhöht worden. Ich weiß nicht, ob es irgendein anderes Land oder eine andere Kommune gegeben hat, die mit ihren öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften so umgegangen ist. Das Ziel waren einerseits Aktivitäten des Neubaus als Eigenkapitalanteil und andererseits die energetische Sanierung.

Herr Schalauske, zu dem, was Sie angesprochen haben, will ich nur so viel sagen. Ich weiß, dass ein wesentlicher Teil der Wohnungen der Nassauischen Heimstätte, gerade diejenigen, die aus den Sechziger- und Siebzigerjahren stammen, energetisch in keinem guten Zustand ist. Die Nassauische Heimstätte war die erste Wohnungsbaugesellschaft in Deutschland, die sich verpflichtet hat, ihren Wohnungsbestand bis 2050 klimaneutral zu machen, als das Klimaziel noch 2050 war. Sie hat bundesweit dazu beigetragen, dass sich dieser Initiative viele Wohnungsbaugesellschaften angeschlossen haben.

Gerade, wenn man sich über die Frage Gedanken macht, wie Wohnen bezahlbar bleiben soll, finde ich, dass man die sogenannte zweite Miete ganz genau in Augenschein nehmen muss. Wir haben das schon lange vor der Energiepreiskrise getan. Wenn man möchte, dass man Menschen dazu befähigt, dass sie nicht einen riesigen Teil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben müssen – das Heizen und das Warmwasser gehören dazu –, dann muss man dafür sorgen, dass die Wohnungsbestände energetisch saniert werden.

Gerade wenn Sie die Miersch-Siedlung ansprechen, möchte ich das einmal deutlich sagen. Dort ist teilweise verantwortungslos agiert worden, weil man die Mieterinnen und Mieter dazu gebracht hat, sich den Sanierungsmaßnahmen zu verweigern. Das, was danach passiert ist, ist teilweise eine Folge dessen, was dort angefangen wurde. Ja, am Ende wird eine sanierte Wohnung pro Quadratmeter mehr kosten als eine unsanierte Wohnung. Auf der anderen Seite sind die Kosten für Heizen und Warmwasser deutlich niedriger. Im Übrigen hat die Wohnung einen höheren Wohnwert.

Ich finde das weiterhin richtig. Aber das muss refinanziert werden. Wer denkt, das könne ohne eine Refinanzierung auch von Mieterseite passieren – es gibt neben den gesetzlichen Kappungsgrenzen auch noch freiwillige Kappungsgrenzen –, der täuscht sich. Deswegen kann ich Ihnen an dieser Stelle nur sagen: Sie müssten sich alle miteinander Gedanken machen, ob das, was in den letzten Jahren gerade durch den Stadtverordneten Eyup Yilmaz gemacht worden ist, im Sinne der Mieterinnen und Mieter ist.

Abg. **Jan Schalauske**: Zu den inhaltlichen Ausführungen des Ministers sei angemerkt, dass wir regelmäßig abgefragt haben, wie es um die Modernisierungsquote im Bestand der Nassauischen Heimstätte bestellt ist. Sie wissen, wenn Sie die Zahlen kennen, dass die Nassauische Heimstätte mit dieser Modernisierungsquote – ich will es einmal diplomatisch sagen – ihre selbst angestrebten Ziele kaum erfüllen kann. Die jährliche Modernisierungsquote ist zu niedrig. Das Ziel der sozialökologischen Modernisierung der Wohnungsbestände, der notwendigen energetischen Sanierung teilen wir.

Wir haben aber einen Dissens, da wir der Auffassung sind, dass die Mieterinnen und Mieter z. B. in der Adolf-Miersch-Siedlung häufig in einer sozialen Situation sind, dass selbst die Mieterhöhungen, die noch übrigbleiben, wenn man die günstigere zweite Miete mit verrechnet, so immens sind, dass sie für viele nicht verkraftbar und nicht tragbar sind. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum sich Mieterinnen und Mieter solchen Maßnahmen verweigern, und nicht, weil sie von irgendwelchen Personen dazu gebracht werden, wie es jetzt dargestellt wurde. Es sind mündige Bürgerinnen und Bürger, Mieterinnen und Mieter, die sagen: Das kann ich nicht verkraften, und unter den Bedingungen verweigere ich mich einer solchen Maßnahme.

Ich möchte das Argument gerne einmal umdrehen: Wer Klimaschutz in unserer Gesellschaft erreichen möchte und die Emissionen im Gebäudesektor dämmen will, der muss es in einer sozialen Ausgewogenheit tun, sodass Menschen, die das Gefühl haben, sie werden am meisten belastet und zur Kasse gebeten, mitgenommen werden und ihnen eine Perspektive aufgezeigt wird.

Insofern ist die energetische Sanierung, aus einer sozialen Perspektive heraus gedacht, ein ganz wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden, aber in der Form, dass die Menschen die Maßnahmen akzeptieren, weil sie nicht mehr belastet werden. Das ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Zu den Ausführungen des Kollegen Ruhl zu der betroffenen Mieterin will ich nur so viel sagen, dass der Rat an eine Frau, die Angehörige pflegt, eine nur wenige Meter entfernte Ersatzwohnung in Anspruch zu nehmen, möglicherweise leicht zu machen ist, wenn man selbst nicht einer solchen sozialen Situation ist, dass man in einer Wohnung, in der man jahrzehntelang gelebt hat, eine Angehörige zu pflegen hat. Ich möchte zumindest bitten, das in die Überlegungen einzubeziehen.

Da ein Stadtverordneter der LINKEN in Frankfurt am Main angesprochen worden ist: Ich kann Ihnen nur die Rückmeldung geben, dass der Genosse Eyup Yilmaz bei vielen Mieterinnen und Mietern in Frankfurt am Main eine hohe Akzeptanz dafür hat, dass er sich sehr konsequent und mit geradem Rücken für die Menschen einsetzt, ihre Anliegen in die entsprechenden Gremien bringt und dadurch an der einen oder anderen Stelle politische Verantwortliche zum Nachdenken und vielleicht sogar zur Korrektur bringt. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Beitrag, eine wichtige Funktion in einer Demokratie und auch in politischen Gremien.

Vorsitzender: Ich will nur darauf hinweisen, dass zu dem Sachverhalt nichts im Antrag steht. Wir können zwar weiter diskutieren, aber ich wollte auf den Inhalt des Antrags hinweisen.

Abg. **Michael Ruhl:** Der Sachverhalt, den der Kollege Schalauske hier darstellt, ist schlicht falsch. Die Wohnung der betreffenden Mieterin ist die letzte in dem Wohnkomplex, die noch unsaniert ist. Man hat sie darin wohnen lassen, solange sie ihre Angehörige gepflegt hat. Als die Angehörige verstorben ist, hat man ihr das Angebot eines Umzugs gemacht, weil die Wohnung in der Zwischenzeit der Sanierung unbewohnbar ist. Man hat ihr andere Wohnungen zum gleichen Mietzins angeboten, und die Umzugskosten würden übernommen. In meinen Augen ist das dann auch in einer sozial schwierigen Lage zumutbar. Denn ansonsten kommen wir nicht dahin, dass wir bei uns irgendeine Wohnung sanieren.

Vorsitzender: Ich habe mit der Dame im Anschluss an die Diskussion auch gesprochen. Aber wir sollten uns auf den Antrag konzentrieren, über den wir jetzt abstimmen können.

Beschluss:

WVA 20/77 – 22.11.2023

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, Freie Demokraten gegen DIE LINKE bei Enthaltung SPD)

(Schluss des öffentlichen Teils: 14:35 Uhr –
folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)